



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Frühlingsession des Nationalrates:

13. AHV-Rente – aber ohne neue Steuern

Thürnen, 21. März 2024

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Am 3. März haben Volk und Stände die Initiative für eine 13. AHV-Rente deutlich angenommen. Ich habe die Vorlage nicht unterstützt. Nicht wegen der Höhe der Rente, sondern wegen der ungelösten Finanzierung der AHV auch ohne 13. Rente. Nun fehlen pro Jahr zusätzlich vier bis fünf Milliarden Franken, davon allein 800 Millionen beim Bund. Der Volksentscheid ist zu akzeptieren und umzusetzen: In der Konsequenz sind aus meiner Sicht Sparmassnahmen unumgänglich. Hierzu muss eine Aus- bzw. Aufgabenüberprüfung bei den Bundesmitteln stattfinden. Steuererhöhungen, Erhöhung von Lohnbeiträgen, die den Mittelstand und die KMU zusätzlich belasten, aber auch das Aufweichen der Schuldenbremse lehne ich ab.

Das Budget der Armee sinkt seit Jahren kontinuierlich

In der Wintersession 2023 votierte die FDP-Fraktion für eine Erhöhung des Armee-Budgets auf ein Prozent des Bruttoinlandprodukts BIP bis ins Jahr 2030. Im Vergleich zu den NATO-Staaten, die für die Verteidigung zwei Prozent des BIP anstreben, ist diese Forderung immer noch bescheiden. Gerhard Pfister, Präsident der Mitte-Partei, schlägt vor, die steigenden Ausgaben der Armee mittels Steuererhöhungen zu finanzieren. Diese Idee finde ich ungeeignet. Wie oben erwähnt, dürfen Mittelstand und KMU nicht stärker belastet werden, und auch die Schuldenbremse ist tabu. Fakt ist jedoch, dass der Auftrag zur Landesverteidigung ebenso in der Verfassung verankert ist wie die Einhaltung der Schuldenbremse. Der Bund hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Wir begrüßen es deshalb, dass der Bundesrat unter der Leitung von Finanzministerin Karin Keller-Sutter eine Expertengruppe einsetzt, die eine systematische Aufgaben- und Subventionsüberprüfung durchführen wird. Auf der anderen Seite werden auch wir uns hier an der Nase nehmen müssen.

Totalrevision Zollgesetz: Eine Mammut-Vorlage ([22.058](#))

Mit 490 Seiten Gesetzestext ist die Totalrevision des Zollgesetzes ein neuer Rekord. Es ist eine äusserst komplexe, technische Vorlage. Ziele sind in erster Linie die Digitalisierung sowie der Abbau von bürokratischen Hürden. Es ist höchste Zeit, alte Zöpfe aus dem Jahr 1925 (!) abzuschneiden. Für Transportunternehmen bedeutet der Entscheid der Grossen Kammer zugunsten des neuen Gesetzes denn auch eine Erleichterung. Wir haben in der WAK-N nun einen Grundstein gelegt, im Wissen darum, dass es sehr wohl noch Anpassungen und weitere

Klärungen in der weiteren Behandlung zwischen beiden Räten brauchen wird. Viel zu reden gaben in der siebenstündigen Debatte zudem die zukünftigen Befugnisse des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit BAZG, das Verhältnis zur kantonalen Polizeihochheit sowie der Datenschutz. Eine allgemeine Waffentragpflicht für alle Mitarbeitenden des BAZG ist vom Tisch. Zum Schutz und zur Sicherheit derjenigen Mitarbeiter, die Zollkontrollen durchführen, sollen jedoch Waffen getragen werden.

Wir haben Pflöcke eingeschlagen, Erleichterungen für die Wirtschaft beschlossen und die Argumente der Kantone übernommen, die ihre Polizeihochheit respektiert. Der Ständerat wird sich nun ebenfalls mit diesen Details befassen. Ich bin zuversichtlich, dass wir ein für alle Teile der Wirtschaft wie auch für die Kantone zufriedenstellendes Resultat erreichen werden.

Tabakwerbeverbot ist abgewendet [\(23.049\)](#)

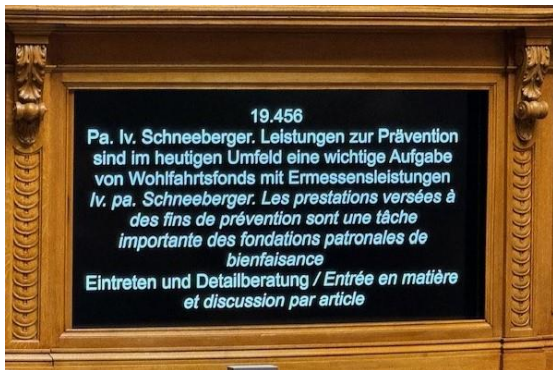
Als Folge der Annahme der Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» durch Volk und Stände im Februar 2022 erarbeitete der Bundesrat eine Gesetzesvorlage, die Werbung an Orten und in Medien verbietet, zu denen Jugendliche Zugang haben. Die zweieinhalbstündige Diskussion verlief kontrovers. In welchen Presseerzeugnissen soll das Verbot gelten? Soll Verkaufsförderung durch mobiles Personal an öffentlich zugänglichen Orten weiterhin möglich sein? Auch über das Sponsoring von Veranstaltungen wurde heiss debattiert. Während die Linke ein umfassendes Werbeverbot fordert, darf die Initiative kein umfassendes Verbot vorsehen – das wäre ein falsches Präjudiz. In der Folge scheiterte die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 121 zu 64 Stimmen bei fünf Enthaltungen. Nun ist die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats am Zug.

CO2-Gesetz: Alle Differenzen bereinigt [\(22.061\)](#)

Endlich ist es unter Dach und Fach. Über sieben Jahre beschäftigten sich Bundesrat und Parlament mit der Revision des CO2-Gesetzes. Oberstes Ziel: Die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990, eine wichtige Etappe zum Netto-Null-Ziel bis 2050. Gleichzeitig pochte Umweltminister Albert Rösti auf das Versprechen, dass das revidierte Gesetz keine neuen Steuern und Abgaben verursachen soll. Die aus der Wintersession verbliebenen Differenzen gaben zwar noch einiges zu reden.

Streitpunkte waren die fixe Quote für die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen im Inland und die Zwischenziele für den Absenkpfad des CO2-Ausstosses bei Personenwagen. Im Gegensatz zum Ständerat hielt der Nationalrat bis zuletzt an der Forderung fest, die Ladeinfrastruktur für E-Autos mit bis zu 20 Millionen Franken pro Jahr aus dem Ertrag der Mineralölsteuer zu fördern. Im Zeichen der Finanzlage des Bundes und des Ziels, endlich zu einem Abschluss zu kommen, zog der Nationalrat dem revidierten Gesetz die letzten scharfen Zähne und schwenkte auf den moderateren Weg des Ständerates ein.

Soziale Funktion von Wohlfahrtsfonds soll gestärkt und ausgebaut werden ([19.456](#))



Einen speziellen Erfolg konnte ich als Präsidentin des Vereins Patronfonds mit meiner Parlamentarischen Initiative zu den Wohlfahrtsfonds verbuchen. Diese wurde von beiden Räten überwiesen und so berieten wir im Nationalrat nun über die definitive Gesetzesänderung. Heute gibt es in der Schweiz über 1'000 dieser überobligatorischen Einrichtungen von Firmen, die die Leistungen von Pensionskassen bisher vor allem im Alter, bei Tod oder Invalidität ergänzen. Ihr Gesamtvermögen beträgt rund zwölf Milliarden Franken, die brach liegen anstatt Destinatäre in schwierigen finanziellen Situationen gezielt zu unterstützen. Somit können nun Präventionsleistungen in Bereichen ausserhalb der beruflichen Vorsorge ausgerichtet werden, beispielsweise zu Krankheit, Gesundheitsförderung, Arbeitslosigkeit oder besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Für den Fiskus und die AHV geht zudem nichts verloren, da die Leistungen der Wohlfahrtsfonds steuerbar sind und in den meisten Fällen der AHV-Pflicht unterliegen. Das Resultat der Abstimmung – siehe oben – spricht für sich. Zwischenzeitlich hat nun auch die Kommission des Ständerates zugestimmt und die Vorlage kommt in der Sommersession im Ständerat zur Abstimmung. Was für ein erfreuliches Resultat, mein Einsatz hat sich gelohnt!

Stärkung der Familienstiftungen ([22.4445](#))

Zeitgleich wurden im Nationalrat die Vorlagen zum Schweizer Trust und zur Familienstiftung diskutiert. Der Rat hat sich verständlicherweise für die bereits bestehende Familienstiftung entschieden, da der Trust zu einer unverhältnismässigen steuerlichen Mehrbelastung geführt hätte. Mit der Erweiterung des Zwecks der Familienstiftung auf Unterhaltungszwecke wird in der Schweiz eine generationenübergreifende Nachlass- und Vermögensplanung ermöglicht. Der Familiennachlass kann so langfristig geplant werden, ohne auf ausländische Stiftungen ausweichen zu müssen. Der Ständerat hat diese Idee, die von unserem Parteipräsidenten Thierry Burkart lanciert wurde, bereits gutgeheissen, so dass der Bundesrat nun an die Umsetzung gehen kann.

Mit den Schlussabstimmungen brachten National- und Ständerat am letzten Freitag 14 Vorlagen unter Dach und Fach. Dazu gehört nebst der Revision des CO2-Gesetzes auch eine von der FDP angestossene Änderung des Umweltschutzgesetzes, die die Schweizer Kreislaufwirtschaft stärkt.

Nach der Session stehen bereits wieder Kommissionssitzungen an. Am 15. – 17. April trifft sich der Nationalrat zur Sondersession, an welcher wir vor allem das Legislaturprogramm und viele Vorstösse behandeln werden.

Nun freue ich mich mit Ihnen auf einen sonnigen Frühling und danke Ihnen für Ihr Interesse und die vielen positiven Rückmeldungen auf meine Arbeit! Das gibt Motivation und Schwung,

Herzlich,



Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch